



Religion und Weltanschauung

Wir FREIEN WÄHLER treten für ein offenes Miteinander zwischen den Menschen aller Kulturen und Religionen in unserem Land ein. Dies kann nur im Dialog geschehen.

Die Kirchen erfüllen in unserem Land wichtige soziale und gesellschaftliche Aufgaben. Die Beziehungen zwischen Staat und Kirche sind im Grundgesetz geregelt und die entsprechende Ausgestaltung im Konkordat bzw. im Staatskirchenvertrag festgelegt. Diese Regelung hat sich in unseren Augen bewährt. Wir stehen zur Trennung von Kirche und Staat, wie sie im Grundgesetz festgelegt ist und auch für die Erhebung der Kirchensteuer durch den Staat.

Unsere Positionen:

Wir wollen, dass der Gottesbezug in unserm Grundgesetz bestehen bleibt. Denn unser Grundgesetz basiert auf Wertvorstellungen, deren Fundament das christliche Weltbild ist. Die Präambel ist Ausdruck der Demut. Das Grundgesetz wurde nach der NS-Zeit in Abkehr von totalitären Staatsformen erarbeitet und soll auch die Begrenztheit menschlichen Tuns verdeutlichen. Wir sehen darin auch keinen Widerspruch zur religiös-

weltanschaulichen Neutralität des Staates, da sich das Grundgesetz eben nicht für einen christlichen Staat ausspricht oder Einzelne auf den christlichen Glauben festlegt.

Die Vollverschleierung muslimischer Frauen in der Öffentlichkeit wollen wir nicht verbieten. Ein pauschales Verbot wäre mit unserem Grundgesetz nicht vereinbar. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht und die Religionsfreiheit sind elementare Grundrechte. Aber wir befürworten gesetzliche Verhüllungsverbote in bestimmten öffentlichen Bereichen, z.B. wegen der Neutralitätspflicht für Beamte und Beamtinnen bei Ausübung ihres Dienstes oder aufgrund des staatlichen Bildungs- und Erziehungsauftrags an Schulen.

Wir wollen die Bildung von Parallelgesellschaften verhindern. Wir fordern deshalb, dass neben christlichem Religionsunterricht an Schulen auch Unterricht anderer Glaubensrichtungen angeboten werden soll, sofern dafür eine Mindestzahl an Schülern vorhanden ist. Selbstverständlich soll dieser Unterricht in deutscher Sprache abgehalten werden. Wir sehen darin einen wichtigen Beitrag zur Integration.

Unsere Anträge im Bayerischen Landtag:

Antisemitismus entschieden bekämpfen ([LT-Drs. 17/16766](#))

Reformationstag als jährlicher gesetzlicher Feiertag ([LT-Drs. 17/9622](#))

Buß- und Betttag als gesetzlicher Feiertag (PM 26.11.2009 im DMS)

Kein pauschales Verhüllungsverbot aber Verbote in bestimmten Bereichen ([LT-Drs. 17/16530](#))

Kirchenasyl respektieren ([LT-Drs.17/16338](#))

Christliche Traditionen leben – Toleranz fördern! ([LT-Drs. 17/21276](#))